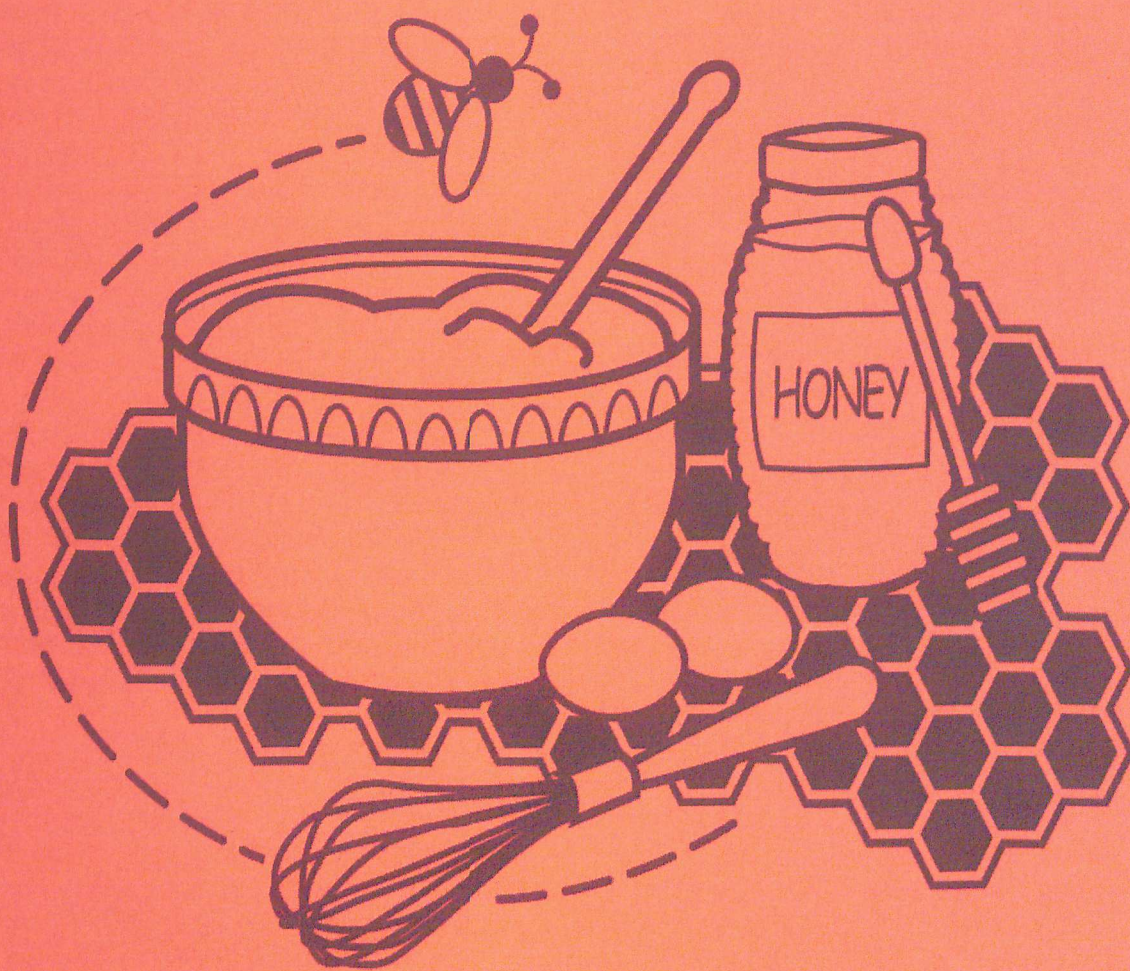


DER ROTE BÖRSENKRACH

**Bakken zur
Weihnachtszeit?**



Nachrichten aus Lehre, Wirtschaft und Gesellschaft
Zeitung der Basisgruppe Volkswirtschaft (RBK) - Dezember 2005

Inhalt

Editorial und Impressum	2
Alles Wachstum	3
Ein Beitrag zur Einstufung ökonomischer Stile	6
Gährende Lehre	9
Inseln der Seeligen	12
“Unser Problem ist nicht die Arbeitslosigkeit...”	13
Was für die Wirtschaft gut ist	16
Bakken zur Weihnachtszeit	17
Neues vom Institut	22

Liebe Menschen,

Während der Frost klirrt, und sich die Midterm-Tests häufen, erblickt wieder ein neuer RBK die Welt. Nach einigen wackeligen Versuchen steht er nun sicher da und nimmt seinen Platz in der Welt ein.

Das Bakk wirft auch diesmal seine Schatten auf den RBK. Das Bakk weckt Hoffnungen und Ängste. So verwundert es nicht, dass sich ein Artikel recht kritisch mit der gelehrten Theorienlandschaft am Institut (Wüste?) auseinandersetzt und gleichfalls nicht unwidersprochen bleibt.

Kurz nach Redaktionsschluss bekamen wir schließlich vom Institut einen Entwurf für den Studienplan in einer zugebakkten Welt. Bis auf einer etwas stärkeren Betonung der Finanzwissenschaft ähnelt er unserem bekannten ersten Abschnitt auf verblüffende Weise, auch wenn es ein paar Zuckerstreusel gibt. “Über die Gestaltung der einzelnen Lehrveranstaltungen wird im Studienplan nichts ausgesagt”, um unseren Institutsvorstand zu zitieren. Damit sich alle selbst ein Bild von dem Entwurf machen können, haben wir ihn zur Gänze abgedruckt. Wir würden gerne auch mal eure Meinung dazu hören.

Doch nicht nur das Bakk ist Thema. Wieder einmal hinterfragt der RBK sein Umfeld. Sollen wir uns mehr um das BIP-Wachstum sorgen oder beginnen unsere Freizeit sinnvoll zu Nützen? Machen Publikationen allein schon einEn ÖkonmIn aus? Was haben wir verpasst, als wir den Internationalen Grundeinkommenskongress verpasst haben? Und kann es der Wirtschaft auch ohne uns gut gehen?

Euer RBK Redaktions- team

Impressum:

Der RoteMedieninhaber, Herausgeber und Verleger:
Rabethge, Björn c./o. Studienvertretung Volkswirtschaft,
Alle: Dr. Karl Lueger Ring 1; 1010 Wien.
Eigenvervielfältigung

AutorInnen:

Michael Greinecker, Robert Hierländer, Marcel Jira,
Maximilian Kasy, Kornelia Kopf, Björn Rabethge, Irene
Weberberger



Alles Wachstum

Aber warum eigentlich?

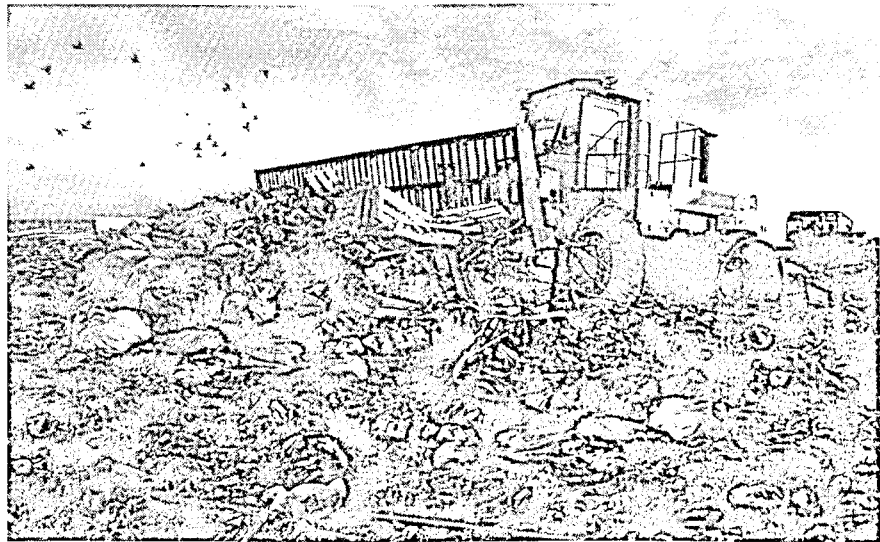
Wachstum, ein regelmäßig gehörter und verwendeter Begriff in der Ökonomie, in der Politik, in den Medien und vielerorts. Scheinbar ein fester Bestandteil unseres Sprachgebrauchs mit eigenständiger Bedeutung, gleichzeitig aber ein ungenauer, tückischer und oft (vielleicht irrtümlich) mißbrauchter Begriff.

Gerade deswegen einige, kritisch zu betrachtende Gedanken zum Thema „alles Wachstum“ in unserer Gesellschaft.

Vorweg einmal eine besondere Eigenschaft, welche der Begriff in sich birgt: Es herrscht ein gewisser Konsens darüber, dass wir es brauchen, egal welche in den gegenwärtig kapitalistisch organisierten Marktwirtschaften vorhandene politische Ausrichtung herangezogen wird, darüber hinaus ist in den meisten Fällen (Debatte um Chinas (zu) schnelles Wachstum) mehr davon besser.

Nun bekommen Studierende der Vwl in Makro vermittelt, dass sich das reale BIP nur bedingt als Indikator für Wohlfahrt eignet, weil wirtschaftliche Aktionen in manchen Ländern mehr bzw. weniger über offizielle Märkte abgehandelt werden als in anderen. Das Motto ist aber präsenter denn je: Je höher das BIP des Landes, desto besser geht es den EinwohnerInnen dieses Landes. Das zeigt die Quantifizierung und Ökonomisierung des Begriffes Wohlstand im heutigen Sprachgebrauch, Ereignisse

wie ein gutes Gespräch, landschaftliche Eindrücke, kulturelle Begegnungen und friedliches Zusammenleben sind vom BIP nicht erfaßt aber auch von Menschen gewünscht (meine ich). Vielleicht macht uns die



ständige Predigt der Notwendigkeit nach Wachstum des Quantifizierbaren blind für mögliches oder vorhandenes bewußtes qualitatives (geistiges) Wachstum in einer Gesellschaft?

Akzeptiert mensch vorübergehend die Notwendigkeit von quantitativem Wachstum, stellt sich die Frage nach der richtigen Ausführung dieser Notwendigkeit. Angesichts zunehmender Naturkatastrophen mit verheerenden Zerstörungen naturellen, humanen, kulturellen und materiellen Ausmaßes auf globaler Ebene ist eine Mitschuld des Menschen nicht abstreitbar. Die ständige Verschmutzung, Ausbeutung und Veränderung

der Erde durch den Menschen hat enorme Ausmaße angenommen und diese Kosten werden für Wachstum in Kauf genommen. Im BIP scheinen diese Kosten nicht auf, ein Zitat aus dem Artikel „Entschuld(ig)ung?“, RBK Juni 2001 trifft meinen Gedanken:

„Wie bewerte ich ein Menschenleben, oder das Leid, das ein Mensch erfährt, der gezwungen ist, seine Heimat zu verlassen? Was kostet es, wenn

ein Kind im Krieg sein Bein verliert, oder sich gezwungen sieht, sich durch einen Brief an die Verantwortlichen geschützt, in die Turbine eines Flugzeuges zu kauern, das im Begriff steht nach Europa zu fliegen, um in dieser zu erfrieren? Was kostet die Schmach, die Menschen erfahren, die hier bei uns neu anfangen wollen und entweder in Illegalität oder in Prostitution gedrängt oder abgeschoben werden. Was kostet es, wenn ein indigenes Volk seine Lebensweise nicht mehr praktizieren kann, weil sich das Klima ändert? Berechnen wir nur Kosten, die Menschen entstehen, oder beziehen wir das Leid von Tieren und Pflanzen in die



Kalkulation mit ein?"

Vielleicht wachsen wir real überhaupt nicht, und alles was wir machen ist heute einen Kredit aufzunehmen, um jetzt mehr zu haben, und um den nachfolgenden Generationen die verheerenden Kosten zu hinterlassen. Von Seiten der Politik muß gehandelt werden, und zwar auf globaler Ebene, wie das Beispiel aus jüngster Vergangenheit zeigt, nämlich die Regierung Bush, welche das Kyoto Protokoll zugunsten der Wirtschaft und deren schnellerem Wachstum ablehnt... Ist die Politik, der Staat so weit von globalen freien Kapitalverkehr in die Zange genommen und nicht mehr handlungsfähig?

Von Interesse schien mir auch die Aufnahme des Begriffs Wachstum unter Mitmenschen. Folgende Überlegung liegt dem zugrunde: Vielleicht ist die Verwendung des Begriffs Wachstum von Seiten der Politik anders gemeint als ihn die EmpfängerInnen (d.h. wir alle) aufnehmen. Konkret meine ich die Vorstellung wie Wirtschaftswachstum verlaufen soll. Ist es ein kontinuierlich gerade steigendes Ding, wie vielleicht EmpfängerInnen mei-

nen könnten, oder ein Ding, das konstanten, ausreichend großen Wachstumsraten unterliegen soll, wie Politik es propagiert? Es scheint klar worauf ich hinaus will: Der Unterschied zwischen relativem und absolutem Zuwachs über die Zeit, dessen Kodierung durch Politik und Entkodierung durch EmpfängerInnen mittels des Begriffs Wachstumsrate. Durch Ineffizienz in dieser Informationsübermittlung könnten falsche Vorstellungen des Tatsächlichen entstehen und Unmut bei allen auslösen.

Ein kurzer analytischer Diskurs über Wachstum einer quantitativ erfaßbaren Größe y verschafft Klarheit:

$$\chi_y = \frac{\dot{y}(t)}{y(t)} = g, \quad g > 0, \quad y(t) > 0$$

beschreibt ein mit konstanten Raten g wachsendes y . Diese Gleichung läßt sich umformen zu

$$y(t) = y_0 e^{gt}, \quad y_0 > 0$$

y wächst mit fortlaufender Zeit exponentiell.

$$y(t) = gt + y_0$$

beschreibt einen geraden Verlauf von y mit fortlaufender Zeit. In diesem Fall ist die Wachstumsrate

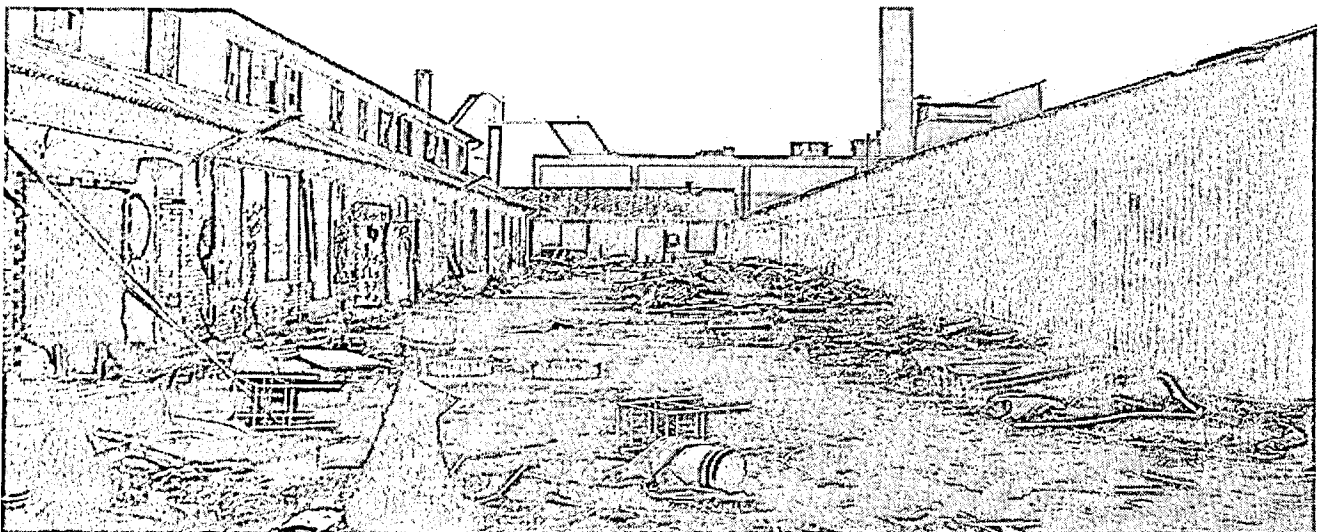
$$\chi_y = \frac{\dot{y}}{y(t)}$$

Die Ableitung nach t

$$\frac{d\chi_y}{dt} = - \frac{1}{\left(t + \frac{y_0}{g}\right)^2} < 0$$

ist negativ, sozusagen ein Abnehmen der Wachstumsraten mit fortlaufender Zeit. Es gibt mit Sicherheit unterschiedliche Vorstellungen vom Wachstumsverlauf, aber es ist denkbar, daß die Wirtschaft in der Tat so wächst wie es sich viele vorstellen, wie sie idealerweise wachsen sollte...

Weitgehend Einigkeit scheint bei der Notwendigkeit der Bedingung des technischen Fortschrittes oder der Produktivitätssteigerung, um Wachstum zu erzielen, zu herrschen. Leider behandelt die Makrotheorie den Begriff der Produktivitätssteigerung sehr schlampig, mit der („absur-





den“) Annahme eines einzigen Universalgutes läßt sich aber in dieser Hinsicht nicht viel machen.

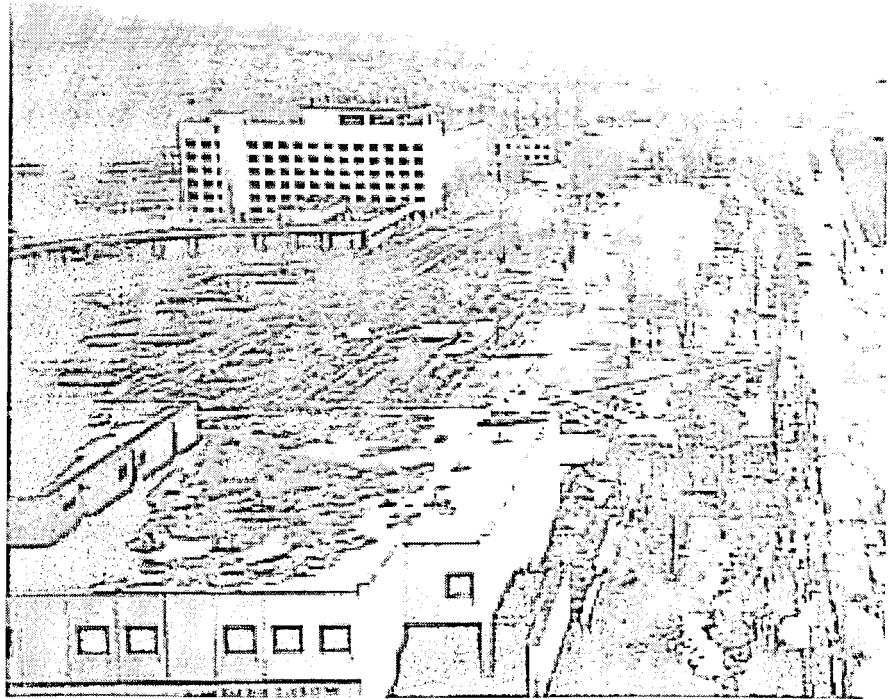
Zunehmende Produktivität kann vielschichtig verwertet werden. Mensch kann die gleiche Menge produzieren, nur mit einem geringeren Arbeitsinput, sie/er kann die gleiche Menge aber in einer größeren Gütervielfalt oder einer besseren Qualität bei gleichem Arbeitsinput produzieren, oder, ebenfalls mit gleichem Arbeitsinput mehr gleiche Güter produzieren. Alle drei Umsetzungen können Mischformen annehmen. Um den Gedanken fortzusetzen, noch ein kurzer Ausflug zu Bausteinen der Mikrotheorie:

Nach Mas-Collel, Whinston und Green, 1995: Eine Präferenzrelation eines Individuums i kann nur dann durch eine Nutzenfunktion dargestellt werden, wenn diese rational ist. Eine Präferenzordnung wiederum ist dann rational, wenn sie vollständig und transitiv ist. Vollständigkeit besagt, daß mensch sich über die Grundgesamtheit der Güterbündel X eine Meinung bildet. Allen Güterbündeln aus der Grundgesamtheit wird eine Präferenzrelation, sozusagen eine „Ordnung“, zugeschrieben. Jedes einzelne Güterbündel hat in dieser Ordnung seine ganz spezifische Position, die Individuum i entschieden hat.

Marktwirtschaftlich strukturierte moderne Ökonomien erlauben in der Regel allen Wirtschaftssubjekten den individuellen freien Zutritt auf jeden Markt. Jeder Mensch kann in einer solchen Ökonomie beinahe - bezieht mensch illegale, gesetzwidrige Märkte ein - kann ein Individuum

theoretisch alle Güter, die in der Ökonomie vorkommen, erwerben. Im Rahmen der voran-

zunehmender Anzahl an Gütern zu groß wird. Steigende Produktivität wird zunehmend



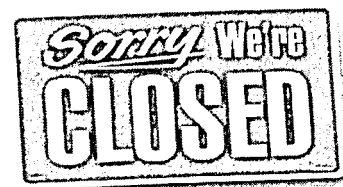
schreitenden ökonomischen globalen Vernetzung ist es mittlerweile einem Individuum zusätzlich möglich (fast) alle vorkommenden Güter aus allen im Netzwerk eingebundenen Ökonomien zu erwerben. An diesem Punkt unterstellt die Theorie, daß keinerlei Opportunitätskosten bzw. kein Nutzenverlust für das Individuum entstehen, wenn es die Güterbündel reiht, unabhängig wie groß die Anzahl der Güter im Güterbündel wird.

Glaubt mensch an die nachfrage-seitige Bestimmung des Wirtschaftswachstumsverlaufs, könnte die Gesellschaft an einem Punkt angekommen sein, an dem sie keine weiteren oder besseren Güter konsumieren will, sozusagen der Aufwand bzw. die benötigte Zeit, des Anordnens der Güterbündel mit

mit weniger Arbeitsinput beantwortet. Dieser Effekt scheint in unserer Gesellschaft sehr ungleich verteilt zu sein, nämlich auf den erwerbslosen Teil unserer Gesellschaft.

Die Botschaft lautet daher:

Arbeitszeitverkürzung statt Wirtschaftswachstum, mehr Zeit den Menschen füreinander und eine Beendigung des Wachstumswahns.





Ein Beitrag zur Einstufung ökonomischer Stile

Es gibt den bedauerlichen Trend ökonomische Arbeit auf einen simplen Publikationsindex zu reduzieren. Dieses eindimensionale Maß wird der Vielfalt ökonomischer Arbeitsweisen nicht gerecht. Nichtsdestotrotz wird es oft als Grundlage für Habilitationen, Stellenbesetzungen und Ähnlichem verwendet. Um diesen groben Missstand zu beheben, schlagen wir vor einen zusätzlichen, diskreten, Indikator hinzuzuziehen. Dieser Indikator ist in der außerökonomischen Literatur als Sternzeichen bekannt. Leider sind die wenigsten ÖkonomenInnen mit der Astrologie, die die wissenschaftliche Grundlage dieses Indikators bildet, vertraut. Dieser Artikel soll ÖkonomenInnen einen Überblick über die relevante Theorie liefern und das letztlich unverzichtbare Studium der Fachliteratur vereinfachen. Wir haben uns dafür entschieden der Standardtheorie aus Rachlitz 1998 zu folgen, wobei wir das Wissen zum leichteren Lesen direkt auf das ökonomische Arbeiten anwenden. Zur schnellen Orientierung für die/den EinsteigerInnen haben wir die, teilweise stark vereinfachende, Charakterisierung der Sternzeichen aus Goodman 1999 in Anführungszeichen übernommen. Zuweilen mag scheinen, dass unsere Charakterisierung unpassend ist. Möglicherweise wäre es

angebracht zusätzlich den so genannten Aszendenten zu berücksichtigen. In einem einführenden Artikel wie diesem ist jedoch nicht der Platz für eine angemessene Diskussion. Wir verweisen auf die Fachliteratur.

Zur Verwendung:

Einer/m Ökonomin/en wird das Sternzeichen zugeordnet in



dem überprüft wird ob der Geburtstag in das beim Sternzeichen aufgelistete Zeitintervall fällt. Diese Zuordnung ist wohldefiniert, sie ordnet jedem Geburtstag genau ein Sternzeichen zu.

Widder 21.03. - 19.04.

„Ich bin.“

Widder sind für ihren impulsiven Forschungs- und Lehrstil bekannt. Dieser Stil verhilft ihnen

oft zu einer Vielzahl von Publikationen, die jedoch zuweilen fehlerhaft sind. Ihre Modelle sind oft einfach, befassen sich aber mit aktuellen Problemen. Widder sind für den Policy-Bereich geeignet.

Stier 20.04. - 20.05

„Ich habe.“

Stiere produzieren wenig, dafür aber qualitativ hochwertige Arbeit. Im empirischen Bereich steuern sie oft mühsame Langzeitstudien bei. Da Stiere auch sehr realistisch sind, sind sie in der ökonomischen Forschung nur selten anzutreffen.

Zwillinge 21.05. - 21.06.

„Ich denke.“

Unter den Zwillingen finden sich die letzten GeneralistInnen der Zunft. Sie publizieren oft auf einer Vielzahl von Gebieten und erweitern ihr Repertoire ständig. Aus diesem Grund sind sie, trotz ihrem oft ausufernden Redeschwall, für die Lehre sehr geeignet.



Krebs 22.06. - 22.07.

„Ich fühle.“

Die Rolle der Krebse für die Wissenschaft wird häufig unterschätzt. Oft helfen sie unterstützend bei der Arbeit anderer. Sie brillieren beim Veranstellen von Konferenzen und in deren Moderation. Als ForschungskollegInnen sind sie Aufgrund ihrer Stimmungsschwankungen oft schwierig.

Löwe 23.07. - 22.08.

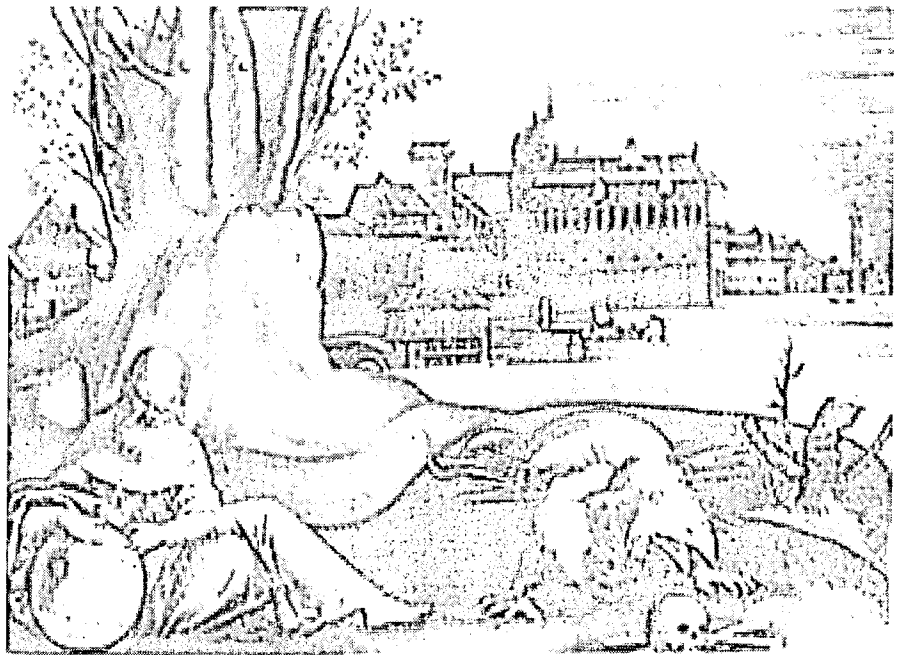
„Ich will.“

Löwen sind meist in prestigeträchtigen Bereichen tätig und richten ihre Arbeit sehr präzise auf eine eindrucksvolle Publikationsliste aus. Obwohl sie gerecht in der Benotung sind, macht ihre Arroganz sie bei Studierenden oft unbeliebt.

Jungfrau/mann 23.08. - 22.09.

„Ich analysiere“

Jungfrauen/männer sind meist in der theoretischen Grundlagen-



forschung tätig, wo sie sich mit Detailproblemen auseinandersetzen. Ihre kritische Haltung hilft ihnen, die Schwachstellen in vielen Theorien ausfindig zu machen. Wenn sie Seminararbeiten korrigieren, streichen sie oft Beistrichfehler an.

bekannt. Ihren Lehrauftrag sehen sie oft als Störfaktor. Das ist jedoch selten ein Problem, da sie sich mit ihrer gnadenlosen Benotung die Studierenden gekonnt fernhalten. Mündliche Prüfungen bei ihnen sind höflich. Aufgrund giftiger Bemerkungen über KollegInnen sitzen sie oft allein in der Mensa.

Waage 23.09. - 23.10.

„Ich gleiche aus.“

Waagen gehen meist mit der ökonomischen Mode, weshalb sie ziemlich präsent sind. Sie konzentrieren sich meist darauf, bestehende Modelle zu erweitern und meiden Konflikte. Wer eine Waage als Lehrperson hat, kann sich mit der Abgabe von Seminararbeiten Zeit lassen, sie sagen selten nein. Auch Waagen sind zur Moderation von Fachkonferenzen gut einsetzbar. Sie sind für die Begutachtung ökonomischer Fachartikel perfekt.

Skorpion 24.10. - 22.11.

„Ich verlange“

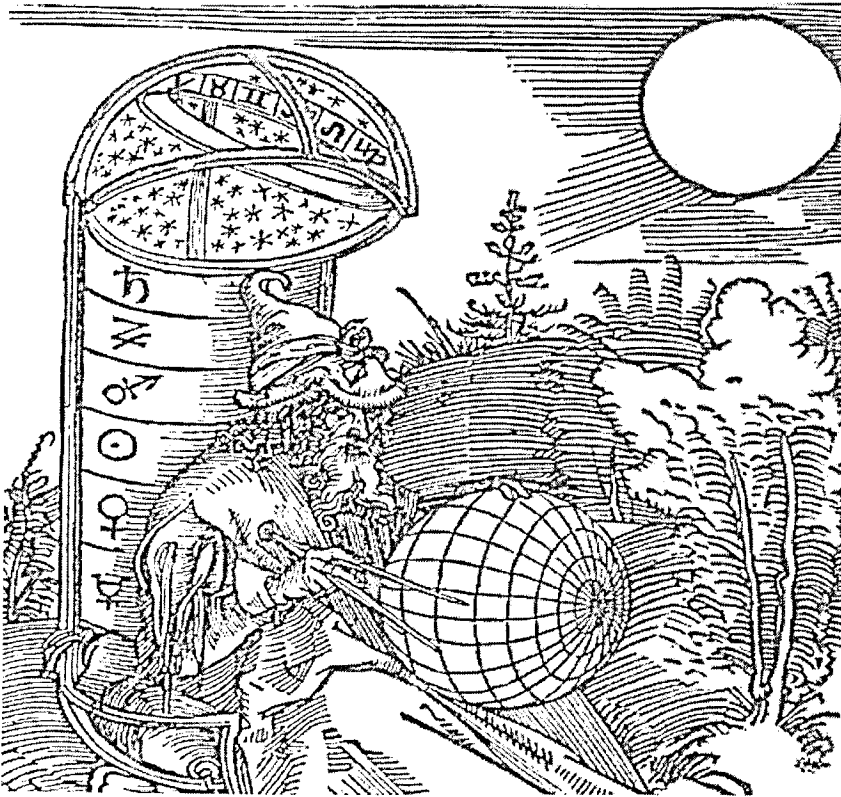
Skorpione sind für einen eigenbrötlerischen Forschungstil

Schütze 23.11. - 21.12.

„Ich sehe“

Schützen gehen meistens ihre eigenen Wege, weshalb sie oft als genial oder bescheuert in die Geschichte eingehen – das lässt sich selten im Voraus sagen. Ihr ungeheurer Optimismus wirkt oft ansteckend, weshalb sie sich bei Studierenden großer Beliebtheit erfreuen. Da sie diese mit recht esoterischen Ideen anstecken, sind konservative KollegInnen ihnen gegenüber eher skeptisch eingestellt. Entweder wechseln sie die Uni häufig oder sie suchen sich eine Professorenstelle die sie verwenden, um dann zu tun was sie wollen.





Steinbock 22.12. - 20.01.

„Ich benutze.“

Die recht ehrgeizigen Steinböcke sind trotz einer gewissen Fachidiotie sehr fähige Personen, die viel Zeit auf ihre Forschung verwenden. Anerkennung ist ihnen nicht so wichtig und sie ziehen ihre Arbeit furchtlos und konsequent durch. Auf sozialen Veranstaltungen fühlen sie sich oft nicht wohl, weshalb sie sich auch selten in die Unipolitik einmischen. Sie gehören zu den Menschen die PhD-Studien in den USA mit Freude absolvieren.

Wassermann/frau

21.01. - 18.02.

„Ich weiß“

Wassermänner/frauen sind meist schwierig einzuschätzen. Sie sind sehr skurril und unter den verrückten WissenschaftlerInnen sind sie recht zahlreich vertreten. Sie

schaffen es, Schützen in Sachen Unabhängigkeit zu übertreffen. Ihre Pionierarbeit wird durch dauerndes sich-verzetteln gestört. Aufgrund ihrer Hilfsbereitschaft sind sie beliebte Co-AutorInnen und Lehrende.

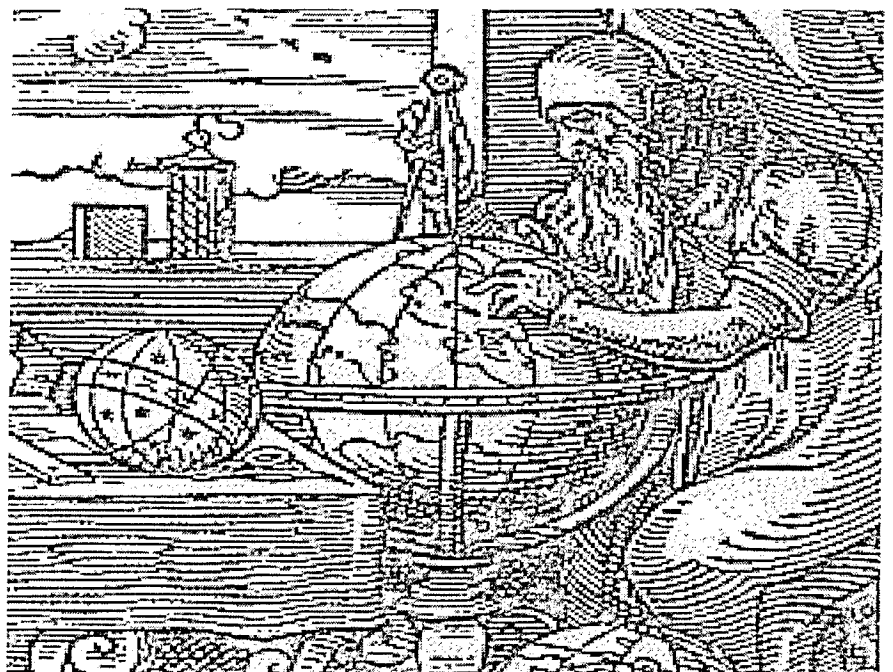
Fische 19.02. - 20.03.

„Ich glaube“

Fische haben oft gute intuitive Ideen, die sie nicht gut zu Papier bringen können. Zuweilen werden sie deshalb ausgenutzt, was sie aufgrund ihrer sensiblen Art leidend ertragen. Vergeltung gibt es von ihnen selten. Die Geschichte würdigt sie oft als VorläuferInnen. Studierenden nehmen sie meist jede Ausrede ab. Das und ihr Einfühlungsvermögen macht sie für die Lehre sehr geeignet. Wer erklärt, dass sein Hund während dem Lernen gestorben ist, kann sich oft um eine Note verbessern.

Literatur:

Linda Goodman (1999): Die Fische. Ihre Liebe, ihre Partner
Jasmin Rachlitz (1998): Horoskop und Charakter





Gähnende Lehre

Kennst Du beim Schreiben einer Arbeit nur ein relevantes Buch, wirst Du Dir den Vorwurf, Dich nicht genügend mit dem Thema beschäftigt zu haben, gefallen lassen müssen. Kennst Du nur eine relevante Ausrichtung Deines Studienfaches, wirst Du „Mag. rer. soc. oek.“ Willkommen in der Hohenstaufengasse 9!

Es gibt viele Gründe, das Studium der Ökonomie zu wählen. Politische Vorgänge ökonomisch zu hinterfragen, Armut, Arbeitslosigkeit und/oder Kriege zu verstehen und zu bekämpfen, oder Interesse an politisch-ökonomischen Modellen (z.B. am Marxismus), sind häufig genannte Motive. Seltener genannt wird ein Fetisch für Mathematik und Statistik.

Zu Beginn des Studiums ist mensch noch voll Zuversicht, dass all diese spannenden Fragen bearbeitet werden, sobald die Studierenden einmal das notwendige Grundwissen über Volkswirtschaft erworben haben. Erst später, wenn sich die Semester einer Anzahl nähern, in der mensch das Studium (theoretisch) abschließen kann, wird klar, dass jetzt wohl nicht mehr viel kommt. Was ist in der Zwischenzeit passiert? Nun, mensch hat gelernt, in jeder (wirklich jeder) Markt- und Lebenslage Gleichgewichte zu berechnen, die den rationalen Handlungen des homo oeconomicus entsprechen würden, kann mit „II“, „Σ“, „ζ“ und „θ“ jonglieren und mit bis zu n Variablen ableiten. Die meisten Gesellschaftsspiele sind mittlerweile langweilig geworden, weil

mensch dank Spieltheorie die beste Antwort auf jede Strategie des Gegenübers kennt, und seit Statistik und Ökonometrie kann mensch auf Parties mit Begriffen wie „Kovarianz“, „Heteroskedastie“ und „multiple lineare Regression“ prahlen. Der Bezug zur echten Welt da draußen – ein Bezug der manchmal durch-

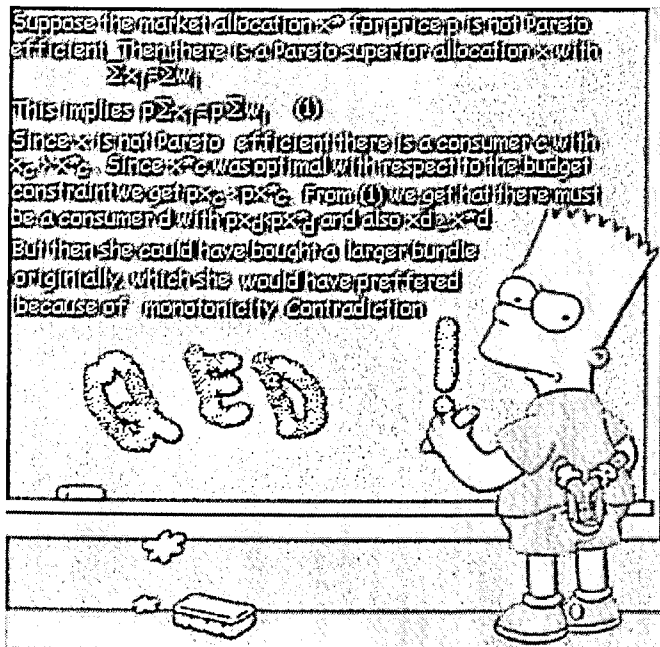


aus wertend sein und über den mensch dann diskutieren kann – wird selten bis nie hergestellt. Let's face the facts. Das Institut, an dem wir Volkswirtschaftslehre studieren orientiert sich am derzeit herrschenden ökonomischen Mainstream. Schwerpunkte werden auf Mikroökonomie (Spieltheorie)

und Ökonometrie gesetzt. Der Anspruch, den Studierenden ein möglichst breites Lehrangebot bereitzustellen wird nicht gestellt. Das heißt, es gibt keine Lehrveranstaltungen, die alternative Herangehensweisen an ökonomische Probleme vorstellen, und keine Diskussionen über aktuelle politische Ereignisse.

Warum ist das so – oder anders: Ist der herrschende Mainstream (und mit ihm unsere Lehre) der Mainstream der Herrschenden? Der Trend der Ökonomie ging im letzten Jahrhundert immer mehr in Richtung Formalisierung. Theorien wurden dadurch eindeutig und beweisbar. Wie in Naturwissenschaften können heute auch ökonomische Modelle auf ihre Konsistenz überprüft werden. Auch wenn

darüber gerne hinweggetäuscht wird, so ist die Ökonomie – anders als beispielsweise die Mathematik – durch die Formalisierung nicht frei von Ideologie. Auch wenn ökonomische Modelle heute unumstößlich konsistent, und durch Statistiken belegt sein mögen, so liegen ihnen immer noch An-



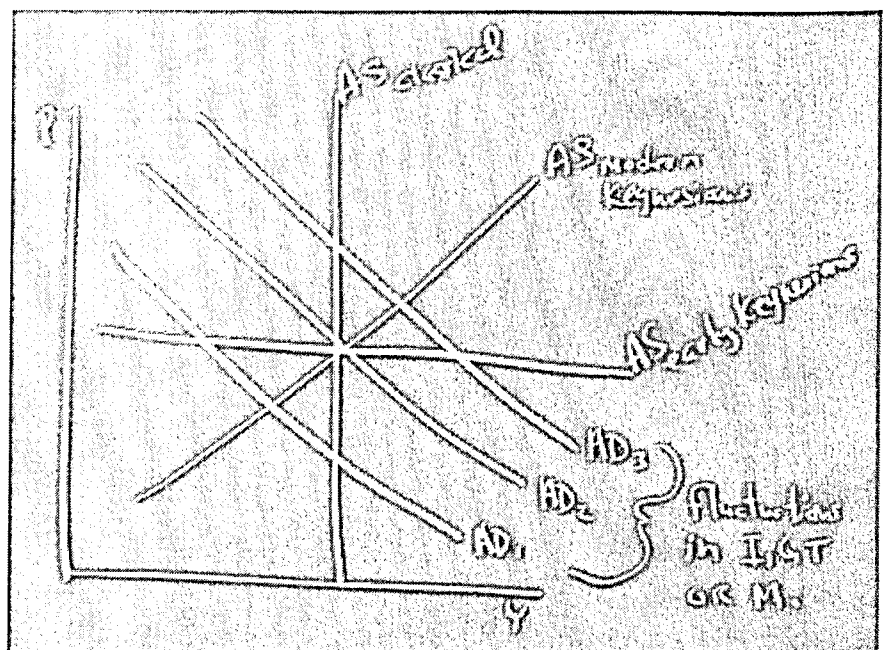
nahmen zu Grunde, die bestimmte gesellschaftliche Gegebenheiten und Prozesse in Zusammenhang mit anderen stellt und bestimmte Gegebenheiten und Prozesse eben nicht. Die Auswahl, aber auch was mit den Größen dann passiert, ist und war immer ein ideologisches Bekenntnis. Allerdings schränkt die mathematische Schreibweise den Kreis der Rezipienten/innen auf Menschen mit ökonomischer Vorbildung ein. Wird die formale zur einzigen Sprache der Ökonomie, so wird die Gesellschaft in 2 Gruppen geteilt: in eine Elite, die Modelle erstellt und nachvollzieht und in den Rest, der der Elite glauben muss. Auch das drückt eine bestimmte Ideologie aus.

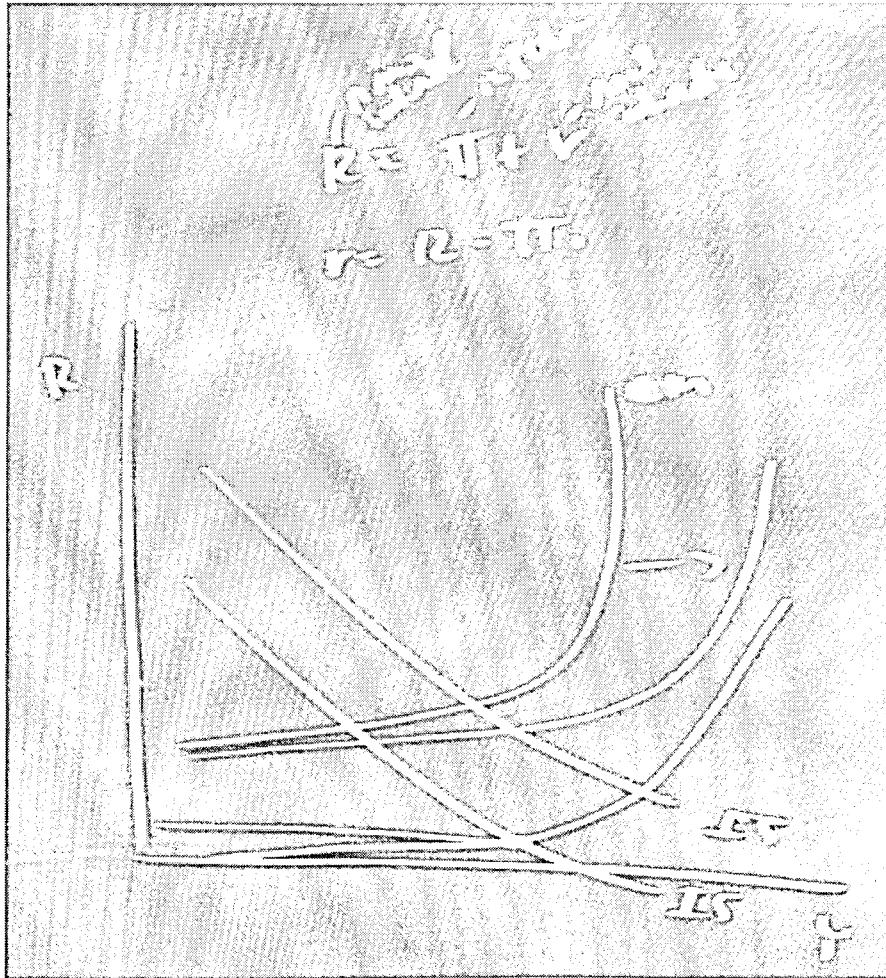
Zurück zum Thema. Was fehlt unserem Studium? Warum sagen Studenten/innen, die kurz davor sind ihren Abschluss zu machen, sie haben nicht das Gefühl, genug über Ökonomie zu wissen, und glauben, sie könnten beispielsweise in einem Entwicklungshilfe-Projekt

nur derartige ökonomische Policies empfehlen, die sich nicht mit ihrem Gewissen in Einklang bringen lassen? Um diese Fragen zu beantworten, muss mensch wohl noch allgemeiner werden. Wo zu

braucht die Welt die Ökonomie? Sicher, Ökonomen/innen können hübsche Statistiken erzeugen und allerlei Prognosen erstellen, die im Modell zutreffen. Diese Argumente machen die Volkswirtschaft aber nicht wirklich unentbehrlich. Ich denke, der ursprüngliche Zweck der Ökonomie ist eng mit der Politik verbunden. Jede politische Ausrichtung hat ihre Ökonomen/innen auf die sie sich

beruft und die meisten ökonomischen Theorien sind entstanden, um gewisse politische Vorgänge zu begünstigen oder zu verhindern. Ein breites Spektrum ökonomischer Schulen macht es heute möglich in beinahe jedes politische Lager zu argumentieren. Nachfrageorientiert für mehr Umverteilung, angebotsorientiert für niedrigere Abgabenquoten. (Post-)keynesianisch für die Sozialdemokratie, (neo-)liberal für die christlich Sozialen. Diskussionen darüber, welche ökonomische Schule in welcher Situation für welche Bevölkerungsgruppe die besten Ergebnisse liefert, wären brisant und spannend. Ökonomisches Wissen derartig anzuwenden wäre eine schöne Ergänzung zu unserem sehr theoretischen Studium. Damit solche Diskussionen sinnvoll geführt werden können, wären zunächst Lehrveranstaltungen notwendig, in denen die Unterschiede zwischen ökonomischen Theorien erarbeitet werden. Außerdem müsste





der Wirtschaftsuniversität an unserem Institut einfordern. Die Zeit drängt. Im Wintersemester 2006/07 wird das Studium der Volkswirtschaftslehre auf das Bakkalaureat umgestellt. Mit dieser Umstellung kommt ein neuer Studienplan. So fragwürdig diese Umstellung auch sein mag, der neue Studienplan gibt uns die Chance zu versuchen, das Studium ein wenig unseren Vorstellungen anzupassen. Allerdings wird bereits jetzt am neuen Studienplan gearbeitet, was alle, die sich an der Neugestaltung beteiligen wollen, massiv unter Zeitdruck stellt.

Wenn Du zu diesen Menschen gehörst – jetzt ist die Zeit zu handeln.

dazu der allgemeine Konsens „Wir betrachten nur die Effizienz und treffen keine wertenden Aussagen über die Distribution“ häufiger gebrochen werden als bisher.

Und auf der WU? Es wird viel Schlechtes über die WU erzählt, und einiges davon trifft zu. Im Bereich der Dogmenlehre verfolgt die Wirtschaftsuni allerdings einen zukunftsweisenderen Weg, als das bei uns der Fall ist. Bereits im ersten Studienabschnitt müssen alle Studenten/innen (sogar jene, die nicht Volkswirtschaft studieren) die Lehrveranstaltung „Politische Ökonomie & Wirtschaftsgeschichte“ besuchen. Anders als bei den anderen Lehrveranstaltungen auf der WU ist mensch bei diesem Kurs

um kleine Gruppen bemüht, und anders als bei uns ist die historische Entwicklung der Ökonomie ein zentrales Thema (bei uns heißt die Lehrveranstaltung „Politische Ökonomie Europas“). Im zweiten Studienabschnitt bietet die WU das „interdisziplinäre Vertiefungsfach“ „Heterodoxe Ökonomie“ an. Allein der Name erhitze die Gemüter – unterstellt er doch indirekt, es gäbe eine orthodoxe Ökonomie. Ohne sich mit dieser Fragestellung zu befassen, kann behauptet werden, dass im Rahmen dieser 16 Semesterwochenstunden, Inhalte vermittelt werden, die an unserem Institut nicht zu finden sind. Anstatt angehenden Ökonomiestudenten/innen deshalb nahe zu legen, lieber zur WU zu gehen, sollten wir diese Vorzüge



Inseln der Seeligen

Oder: Was ist eigentlich Mainstream-ökonomie

Wenn mensch andauernd mit Nutzenfunktionen, FOCs und ähnlichem bombardiert wird, ist es leicht der Vermutung zu erliegen, dass sowieso alles in der Ökonomie irgendwie dasselbe ist. Die Ökonomie erscheint als starrer Monolith, von dem nur noch einzelne Ecken auszu-leuchten sind. Naturgemäß kommt bei vielen ein Bedürfnis nach etwas mehr Vielfalt auf.

Dabei wird allerdings übersehen dass es keine Mainstreamökonomie gibt. Ich finde es verblüffend, dass die Menschen in den verschiedenen Sparten¹ überhaupt miteinander auskommen. Eine kurze Übersicht über einige wenige ausgewählte Unstimmigkeiten:

Klassische Finanz
vs.
Public Choice

Es macht einen Unterschied, ob ich Politikberatung machen möchte oder Politik als endogenen Teil eines Modells sehe.

Keynesianische
vs.
Neuklassische Makrökonomie

Hier wird nicht einmal dieselbe Sprache gesprochen. Die beiden sind sich nicht einmal einig, ob es so was wie „Nachfrage“ gibt.

Wohlfahrtsökonomie
vs.
Social Choice

Es gibt kaum Zusammenhang zwischen der Implementierung von Pareto-Optima und axiomatischer Analyse von Entscheidungsregeln (oft auch mit interpersonellen Nutzenvergleichen).

Kooperative
vs.
Nichtkooperative Spieltheorie

Beide Formen der Spieltheorie können vollkommen unabhängig voneinander behandelt werden und werden das meist auch.

Wer sich durch die Fachliteratur wühlt trifft auf riesige Spaltungen innerhalb eines Fachgebiets. Social Choice spaltet sich in eine rein kombinatorische Form und eine die sich Methoden der algebraischen Topologie bedient. Beide Gebiete sind voneinander weitgehend unabhängig und folgen einer eigenen Logik. Allgemeine Gleichgewichtstheorie in einem unendlichdimensionalen Setting und mit unvollständigen Märkten sind weitgehend unabhängige Gebiete, die sich verschiedener Methoden bedienen. In der nichtkooperativen Spieltheorie gibt es einen recht eigenständigen Zweig der sich

der formalen Logik bedient und sich mit der „epistemischen“ Seite von strategischer Interaktion beschäftigt. In der mathematischen Ökonomie gibt es sehr produktive Individuen, deren Forschung wenig Beachtung findet, weil sie Mathematik jenseits der Mainstreammathematik verwenden (Nichtstandard-Analyse). Ja, auch das gibt es.

Kurz: Es gibt keine Mainstreamökonomie.



¹ Alles was in Mainstreamjournals wie American Economic Review, Econometrica oder dem Journal of Mathematical Economics veröffentlicht wird, wird hier der Mainstreamökonomie zugerechnet.



„Unser Problem ist nicht die Arbeitslosigkeit. Unser Problem ist die Einkommenslosigkeit“

-so die Eröffnungsworte des internationalen Grundeinkommenskongresses, der vom 7.-9.10. in Wien eine sehr bunte Mélange verschiedenster VertreterInnen der sogenannten Zivilgesellschaft versammelte. Neben den üblichen Verdächtigen der linken Szene kamen und kämpften MigrantInnenvereine, ErwerbsarbeitslosenvertreterInnen, Anti-Hartz IV Mobilisierte aus deutschen Landen, Globalisierungskritische, Katholen, ein Philosophieprofessor aus Harvard/Louvain, ein brasilianischer Senator...

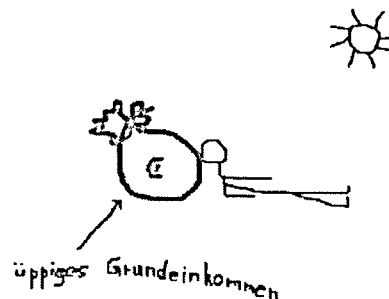
Die Idee

Um gleich noch einen Sager anzuhängen: „Wir alle haben das Recht zu fliegen, aber die wenigsten nehmen es in Anspruch“ (so oder so ähnlich Rosa Luxemburg 1905). Damit ist auch schon der Grundpathos der Initiativen angesprochen: Die tatsächliche Ermöglichung der formal gewährten gesellschaftlichen Teilhabe für wirklich alle - zumindest in einem Land oder der EU oder der ganzen Welt Ansässigen. Die Intention der VeranstalterInnen war es, die Idee eines Grundeinkommens zu diskutieren.

Dies bedeutet ein:

- bedingungsloses (nicht an „Bedürftigkeit“ oder „Arbeitswilligkeit“ geknüpft)
- existenzsicherndes
- individuelles

Einkommen für Alle. Naturgemäß und unsomehr angesichts des vielfältigen Publikums war jeder einzelne dieser Punkte Objekt hitziger Debatten.



Die Geschichte

Weltweit begannen intensivere Diskussionen um die Einführung eines Grundeinkommens 1985, veranlasst durch steigende Arbeitslosigkeit und mangelnde Perspektive auf „Rückgewinnung“ der Vollbeschäftigung. Die Debatten begannen unabhängig voneinander an verschiedenen Orten, etwa unter belgischen ÖkonomInnen oder deutschsprachigen Katholen. Schon 1986 mündeten diese Bewegungen in die Gründung des

„Basic Income European Network“ (mittlerweile Earth). Diese setzt sich aus Individuen zusammen und besitzt inzwischen zahlreiche nationale Dependancen, wie etwa das österreichische Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt, welches 2002



gegründet wurde. Bereits eingeführt war zu dieser Zeit ein Grundeinkommen in Alaska (seit 1978). Es werden 50% der Öleinkommen in einen Fond eingezahlt, aus dem jedeR seit mind. einem Jahr in Alaska hausende zur Zeit rund 1000\$ jährlich bezieht (vor dem 11.9.2001 knapp 2000\$). Selbst wenn diese Summe sich etwas bescheiden ausnimmt, trägt dieses Grundeinkommen doch dazu bei, dass während in den Vereinigten Staaten insgesamt die Einkommensungleichheit massiv zunimmt, sie in Alaska in genauso erstaunlichem Ausmaß zurückgeht.

In Brasilien gibt es seit 2004 ein Gesetz, welches die Einführung eines Grundeinkommens vorsieht. Bereits eingeführt ist eine Grundsicherung, diese beläuft sich auf 50 Real plus 15/30/45 Reals für Familien die weniger als 50 Real verdienen mit 1/2/3



oder mehr Kindern und 15/30/45 Real für Familien die weniger als 100 Real verdienen. Finanziert wird dies durch eine Steuer auf alle Banktransaktionen in der Höhe von 0.038%. In Kürze sollen alle 11 Millionen anspruchsberechtigten brasilianische Haushalte davon erreicht werden, eine Erhöhung des Betrages und Ausweitung auf größere Teile der Bevölkerung ist geplant. (für die Korrektheit im Detail können wir nicht garantieren).

Was dafür spricht

Eines der zentralen Argumente war die Bekämpfung der – ständig zunehmenden – Armut. In Österreich sind ~13% arm oder armutsgefährdet; ohne Sozialtransfers wären es erschreckende 43%! Das traditionelle Netz der sozialen Sicherungsmechanismen – welches noch dazu immer weitmaschiger wird – fängt aufgrund der massiven Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse einen immer größeren Anteil dieser Menschen nur ungenügend auf. Alternative Strategien der Armutsbekämpfung für Erwerbsarbeitslose und die (in unseren Breiten neue) Schicht der „working poor“ sind von höchster Dringlichkeit. Eine dieser Strategien wäre das bedingungslose Grundeinkommen, für das insbesondere folgende Argumente ins Treffen geführt wurden:

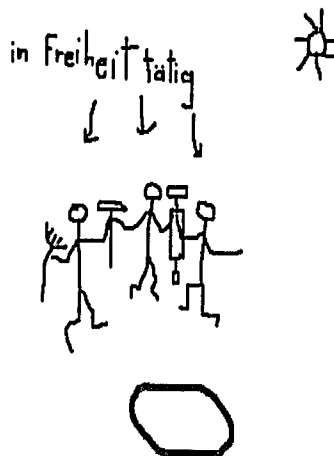
- Es ist die einzige Möglichkeit alle zu erreichen, im Gegensatz zu den zahlreichen spezifischen Transfers die nahezu notwendigerweise unvollständig bleiben müssen.
- Es erübrigt die Notwendigkeit

eine Bedarfs- und Arbeitswilligkeitsprüfung, die kostspielig ist und – umsomehr in Ländern mit fragileren Bürokratien – zahlreiche Möglichkeiten der Korruption eröffnet.

- Im Zusammenhang mit dem letzten Punkt würden auch die leidigen „Sozialschmarotzer“-Debatten obsolet: Wenn alle anspruchsberechtigt sind, kann niemand bezichtigt werden ein Einkommen zu Unrecht bezogen zu haben.

- Die soziale Stigmatisierung und Demütigung durch die Überprüfung der tatsächlichen Bedürftigkeit würde reduziert.

- Ein Argument für Ökonomen: Die absurd hohen Grenzsteuersätze (genauer: Grenztransferentzugsraten) die derzeit bei Wiedereintritt in Erwerbsarbeit erfolgen (à la von 700€ Arbeitslosengeld bei Beschäftigungslosigkeit auf 800€ Einkommen bei einem 40 Stunden Job) würden eliminiert. Damit würden die Armutsfallen, die durch solch verzerrte Anreize erzeugt werden, beseitigt.



Warum zweifeln manche noch?

Beileibe nicht alle am Kongress Teilnehmenden waren uneingeschränkte BefürworterInnen eines solchen Grundeinkommens. Haupttrennlinien ließen sich anhand folgender Zielvorstellungen rekonstruieren:

-Befreiung in der Arbeit: Insbesondere aus den klassischen Gewerkschaften und der ArbeiterInnen-Bewegung Stammende sehen ihre Aufgabe nach wie vor in der Er kämpfung und Bewahrung von Rechten, die sich am traditionellen Vollzeitbeschäftigungsmodell orientieren.

-Befreiung durch Arbeit: RepräsentantInnen sozialer Gruppen, die bisher von Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind oder einen benachteiligten Zugang zum Arbeitsmarkt haben – insbesondere MigrantInnen und manche Frauenvertreterinnen –, sehen höchste Priorität in der Erlangung gleicher Arbeitsbedingungen und Zugangschancen am Arbeitsmarkt.

-Befreiung von der Arbeit: Mehr utopisch Gesinnte träumen von einem Leben jenseits der überkommenen Erwerbsarbeit – Schlagwort „In Freiheit tätig sein“ – und damit am vehementesten von einem bedingungslosen Grundeinkommen.

Diese verschiedenen Zugänge mündeten am Kongress vielfach in Diskussionen um Prioritäten, die jedoch oft in den Konsens mündeten, dass nicht ein entweder-oder sondern vielmehr



ein sowohl-als-auch die Devise sein müsse.

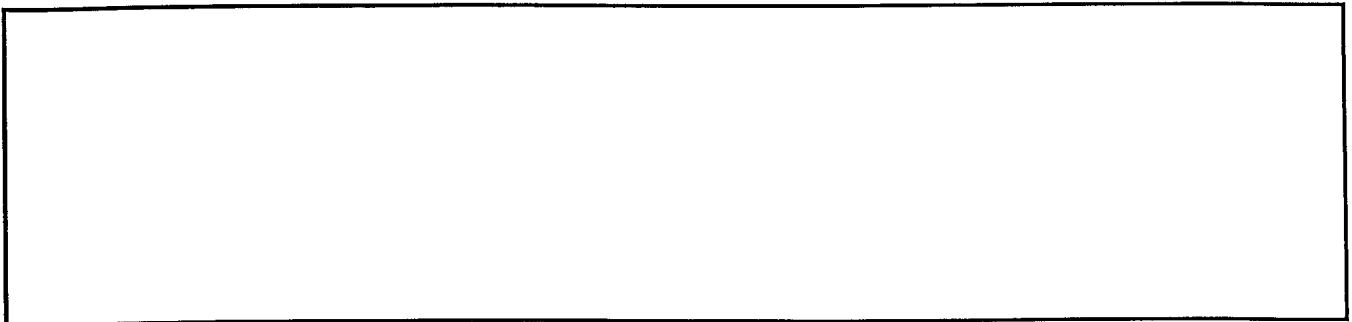
Viele stoßen sich an der Frage der Finanzierung, doch gibt es bereits mehrere ausgearbeitete Finanzierungsmodelle. Beispielsweise einen einheitlichen 50% Grenzsteuersatz auf alle Einkommen kombiniert mit dem Grundeinkommen für alle. Weiters bieten sich an: Die Besteuerung von Vermögen, Erbschaften, Kapitalerträgen, Devisentransaktionen, Schadstoffemissionen..., welche derzeit in Summe einen absurd niedrigen Anteil der Steuerlast

tragen.

Ein weiterer häufig geäußelter Kritikpunkt an der Bedingungslosigkeit betrifft die Arbeitsanreize. Bei einem üppigen Grundeinkommen, so die Behauptung, würde niemand mehr arbeiten wollen. Auch neoklassisch gewaschene ÖkonomenInnen können dieser Behauptung leicht widersprechen: selbst wenn die Einkommenseffekte eines erhöhten Wohlstandes in Richtung mehr Zeit jenseits der Erwerbsarbeit wirken, haben die erreichten Substitutionseffekte durch die im Vergleich zum bisherigen Sozialversicherungs-

system reduzierten Grenztransferenzugsraten den entgegengesetzten Effekt, welcher auch in empirischen Studien zu dominieren scheint. Weiters haben ja durchaus die allermeisten Menschen nicht das Interesse untätig zu bleiben, sondern wollen vielmehr von sich aus einer Arbeit, in einem weiteren Sinne verstanden, nachgehen.

Pathetische Schlussworte:



Bitte selber Sachen einfügen wie „kämpfen wir dafür“ oder „eine andere Welt ist möglich“!





Was für die Wirtschaft gut ist

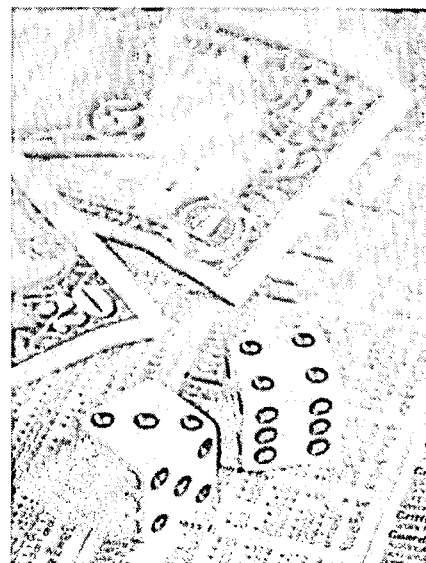
Es ist bedauerlich, dass die politische Klasse bei wirtschaftlichen Fragen zunehmend auf die Wirtschaft hört. Durch alle Lager scheint es Konsens zu sein, dass das Ernten der Früchte anderer Leute Arbeit jemanden kompetent in wirtschaftspolitischen Fragen macht. Lediglich dem Stimmvieh muss noch erklärt werden, dass was für die Wirtschaft gut ist, für uns alle gut ist. Ja, uns! Denn schließlich sitzen wir alle in einem Boot, auch wenn nicht alle rudern müssen.

Dass Interessenskonflikte geleugnet werden, ist natürlich eine alte österreichische Tradition und stellt so etwas wie den Nachkriegskonsens dar. Woanders blickt das Proletariat stolz auf eine kämpferische Tradition zurück, hier freut es

nicht verwundern, wenn dieser Gedanke im höheren Bildungswesen Einzug hält. Es ist traurig, dass die emanzipatorische Wirkung von Bildung nicht gewürdigt wird. Aber es ist unsinnig zu glauben, dass es im ökonomischen Eigeninteresse der Lernenden steht, sich den Wünschen der Unternehmen auszuliefern.

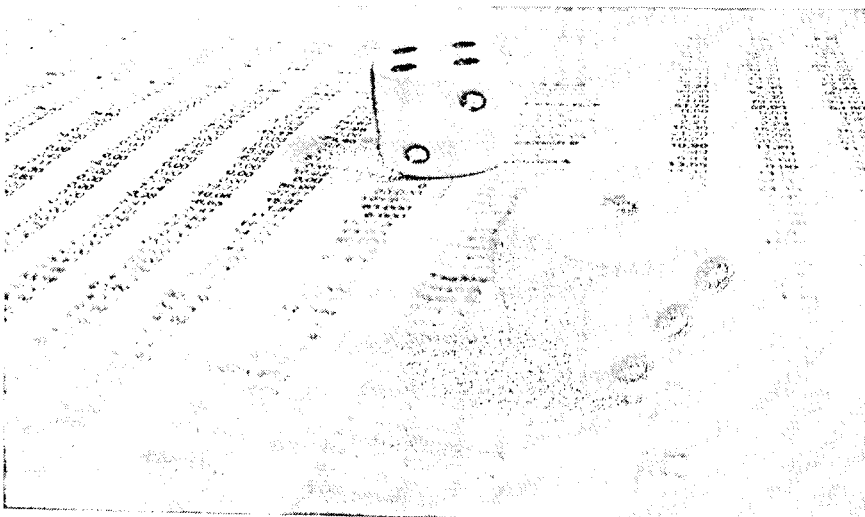
Auf den ersten Blick scheint es sinnvoll zu sein, die Ausbildung auf die Wünsche der Wirtschaft abzustellen. Schließlich gibt sie (was bedeutet: nimmt als Input) die Arbeit. Wenn die Unternehmen denken, viele Leute mit Qualifikation X zu benötigen, ist es doch sinnvoll Qualifikation X zu erwerben. Oder? Eigentlich nicht. Wenn wir uns auf das besinnen, was uns die ökonomische Theorie sagt, sollten wir bei Entschei-

sich Bedürfnisse und Technologie entwickeln werden, gehören Humankapitalinvestitionen sicher in das Gebiet „Entscheidungen unter Unsicherheit“. Und genau hier zeigt sich ein scharfer Interessenskonflikt. Zunehmende Spezialisierung bedeutet zunehmende Unsicherheit. Es



ist praktisch unmöglich für einen Menschen, der nichts besitzt als sich selbst, sich gegen diese Unsicherheit abzusichern. Dagegen gibt es eine kaum zu überschauende Vielzahl von Instrumenten, um sich gegen unternehmerische Risiken abzusichern. Es kann also nicht verwundern, dass die Wirtschaft sich sehr spezialisierte Ausbildungen wünscht: Fachhochschulen und Bakkelaureate kommen den unternehmerischen Interessen entgegen, Universitäten sind da nur eine überflüssige Versicherung gegen Risiken, die die besitzende Klasse nicht tragen muss.

Es mag aus einer engen ökonomischen Sicht verwundern, dass trotzdem so viele Menschen risikoreiche Human-



sich über seine Beliebtheit bei allen Schichten und Klassen. Auf diesem Boden der Realitätsleugnung darf es auch

dungen unter Unsicherheit berücksichtigen, was mit welcher Wahrscheinlichkeit geschieht. Da wir nicht wissen, wie

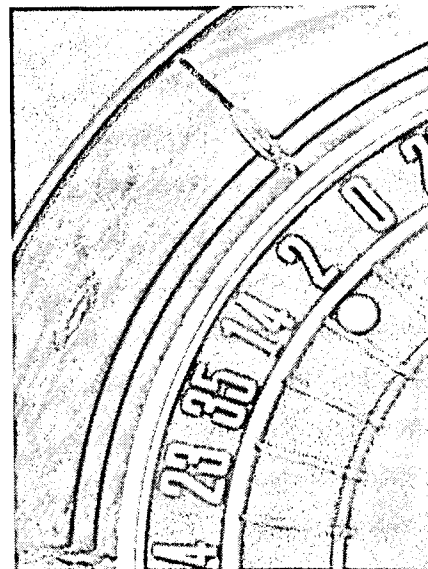


kapitalinvestitionen tätigen. Doch Menschen sind weder hyperrationale MaximiererInnen ihres erwarteten Nutzen, noch gehen sie mit Information objektiv um. Wenn in den Medien von boomenden, recht neuen Sektoren berichtet wird, so sehen wir nicht die vielen Pfade die im Nirgendwo endeten. Es kann nicht verwundern, dass Viele sich von diesem Schein täuschen lassen.

Auch wer meine Analyse soweit akzeptiert, möchte vielleicht anders damit umgehen. Spezialisierung bringt viele Vorteile für die Allgemeinheit, die bekannt sein dürften seit Adam

Smith irgendwas von Metzgern und Nadelfabriken schrieb. Wäre es nicht zielführender, Instrumente zur Absicherung einzuführen? Naja. Eine Versicherung gegen das Obsoletwerden von Humankapital gibt es bereits, es ist die übliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Aufgrund von Moral Hazard wird sie niemals vollkommen sein. Ob jemand aus Faulheit oder anderen Gründen gefeuert wurde lässt sich nicht gut eruieren.

Aber es gibt ja auch Wichtigeres, als Übereinstimmung mit der Wirtschaftskammer.



Bakken zur Weihnachtszeit*

2005, 32. Stück, Nr. 178)

BAKKALAUREATSTUDIUM AN DER UNIVERSITÄT WIEN

Studium: Volkswirtschaftslehre

Der Senat hat in seiner Sitzung am [Datum TT.MM.JJJJ] das von der gemäß § 25 Abs. 8 Z. 3 und Abs. 10 des Universitätsgesetzes 2002 eingerichteten entscheidungsbefugten Curricularkommission vom [Datum TT.MM.JJJJ] beschlossene Curriculum für das Bakkalaureatsstudium Volkswirtschaftslehre in der nachfolgenden Fassung genehmigt.

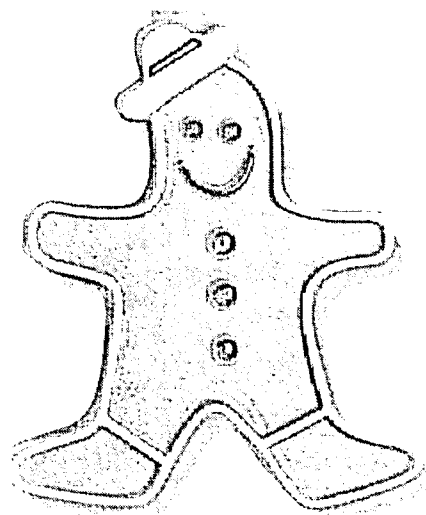
Rechtsgrundlagen

Universitätsgesetz 2002 (BGBl. I Nr. 120/2002; idF: BGBl. I Nr. 21/2004; BGBl. I Nr. 96/2004; BGBl. I Nr. 116/2004; BGBl. I Nr. 77/2005)

Studienrechtlicher Teil der Satzung der Universität Wien (MBI. vom 23.12.2003, 4. Stück, Nr. 15; idF: MBI. 12.3.2004, 12. Stück, Nr. 58; MBI. 22.6.

Teil A. Studienziele und Qualifikationsprofil

§1 Das Ziel des Bakkalaureatsstudiums Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien ist es, die Studierenden zu Theorie-gestützter Problemlösungskapazität zu befähigen. Es dient der Vorbereitung auf das weiterführende Magisterstudium der Volkswirtschaftslehre, soll aber auch den Zugang zu anderen Magisterstudien, insbesondere im Bereich der Wirtschaftswissenschaften, ermöglichen.



* Es handelt sich hier um einen *Entwurf* des Instituts. Änderungen sind noch möglich, weshalb wir auch gerne Feedback von euch hätten.



§2 Darüber hinaus sollen die Absolventen und Absolventinnen für eine einschlägige Berufstätigkeit ausgebildet werden. Dazu sind die Studierenden mit den Grundlagen der Theorien, der Methoden und der quantitativen Verfahren der Volkswirtschaftslehre, sowie deren Entwicklung und Anwendung vertraut zu machen.

§3 (1) Der Vielfalt der Methoden und der Pluralität der Theorien ist, soweit möglich, in den Lehrveranstaltungen Rechnung zu tragen.

(2) Die Leiter und Leiterinnen der Lehrveranstaltungen haben bei der Planung und der Durchführung der Lehrveranstaltungen auf Fragen der Gleichstellung der Geschlechter zu achten. Die Reflexion über Geschlechterasymmetrien und Rollenbilder ist, soweit möglich, in die Lehre einzubeziehen.

Teil B. Dauer und Umfang

§4 Das Bakkalaureatsstudium Volkswirtschaftslehre umfasst 180 ECTS-Punkte und hat daher eine vorgesehene Studiendauer von 6 Semestern.

Teil C. Zulassungsvoraussetzungen

§5 Die Zulassung zum Bakkalaureatsstudium Volkswirtschaftslehre erfolgt gemäß den geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

Teil D. Akademischer Grad

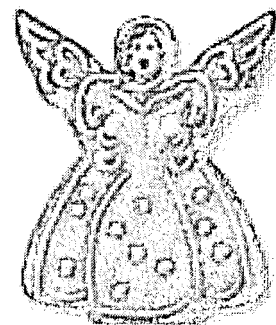
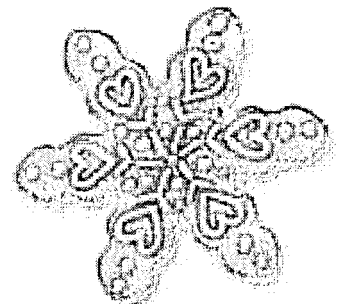
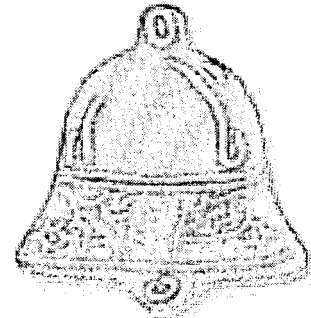
§6 Absolventinnen bzw. Absolventen des Bakkalaureatsstudiums Volkswirtschaftslehre ist der akademische Grad „Bakkalaurea der Volkswirtschaftslehre“ bzw. „Bakkalaureus der Volkswirtschaftslehre“ – abgekürzt Bakk rer. oec. - zu verleihen. Dieser akademische Grad ist hinter dem Namen zu führen.

Teil E. Einteilung der Lehrveranstaltungen

§7 Lehrveranstaltungen setzen sich aus einer oder mehreren Komponenten zusammen, die traditionellen universitären Lehrveranstaltungstypen entsprechen (Vorlesung, Übung, Proseminar,

Seminar, Praktikum...). Universitätskurse kombinieren mindestens zwei dieser Komponenten und sind prüfungsimmanent. Sofern das Curriculum keine detaillierten Vorgaben enthält, sind Aufbau und Gestaltung sowie die notwendigen Vorkenntnisse einer Lehrveranstaltung bei ihrer Ankündigung vom Lehrveranstaltungsleiter bekannt zu geben.

§8 Die volkswirtschaftlichen Lehrveranstaltungen sind grundsätzlich prüfungsimmanent. Die Art der Leistungsfeststellung ist bei Ankündigung der Lehrveranstaltung vom Lehrveranstaltungsleiter bekannt zu geben.





Teil F. Aufbau - Fächer (Module), Lehrveranstaltungen und Modulprüfungen mit ECTS-Punktezuweisung

Das Bakkalaureatsstudium Volkswirtschaftslehre besteht aus:

§ 9 Studieneingangsphase - 30 ECTS-Punkte

(1) Modul : Einführung in die Volkswirtschaftslehre (12 ECTS-Punkte)

- a. Einführung in die Volkswirtschaftslehre: (4 SST, 8 ECTS-Punkte)
- b. Politische Ökonomie Europas unter besonderer Berücksichtigung Österreichs: (2 SST, 4 ECTS Punkte)

(2) Modul : Mathematik I (5 SST, 10 ECTS Punkte)

(3) Modul : Grundzüge der Betriebswirtschaftslehre (8 ECTS Punkte)

§10 Pflichtfächer – 90 ECTS-Punkte

(1) Modul : Grundzüge der Mikroökonomie (6 SST, 12 ECTS Punkte):

(2) Modul : Grundzüge der Makroökonomie (6 SST, 12 ECTS Punkte)

(3) Modul : Methoden der Volkswirtschaftslehre (8 SST, 16 ECTS Punkte)

- a. Formale Modellbildung in der Ökonomie (2 SST, 4 ECTS Punkte)
- b. Entscheidungs- und Spieltheorie (6 SST, 12 ECTS Punkte)

(4) Modul : Mathematik II (5 SST, 10 ECTS Punkte),

(5) Modul : Statistik (10 SST, 20 ECTS Punkte)

(6) Modul : Angewandte Ökonometrie und empirische Wirtschaftsforschung (4 SST, 8 ECTS Punkte)

(7) Modul : Grundzüge der Finanzwissenschaft (4 SST, 8 ECTS Punkte)

(8) Modul : Betriebswirtschaftslehre (2 SST, 4 ECTS Punkte)

§11 Wahlpflichtfächer - 52 ECTS-Punkte

(1) Modul : Volkswirtschaftslehre (10 SST, 20 ECTS Punkte)

Nach Wahl des bzw. der Studierenden weitere nicht in § 10 enthaltene Lehrveranstaltungen aus
a) Wirtschaftstheorie, b) angewandter Ökonomie,

c) Finanzwissenschaft.

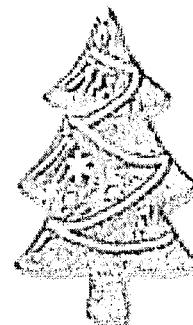
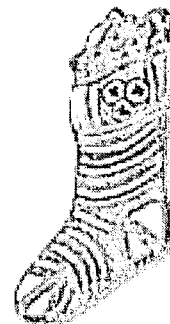
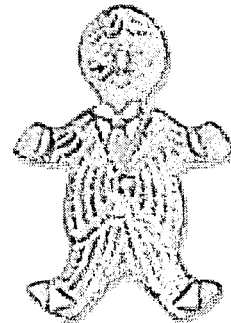
(2) Nach Wahl des bzw. der Studierenden eines der folgenden Module (2 SST, 4 ECTS Punkte)

Modul : Wirtschaftsgeschichte

Modul : Geschichte der ökonomischen Theorie
(3) Nach Wahl des bzw. der Studierenden eines der folgenden Module

Modul : Grundzüge der Soziologie
(4 SST, 8 ECTS Punkte)

Modul : Grundzüge der Politikwissenschaft
(4 SST, 8 ECTS Punkte)





(4) Module aus maximal zwei der folgenden Fächer für 20 ECTS Punkte (10 SST)

- (i) Volkswirtschaftslehre (Wirtschaftstheorie, angewandte Ökonomie, Finanzwissenschaft)
- (ii) Betriebswirtschaftslehre einschließlich Finanzwirtschaft
- (iii) Ökonometrie und Statistik
- (iv) Soziologie
- (v) Politikwissenschaft
- (vi) Internationale Entwicklung
- (vii) Philosophie
- (viii) Geschichte und Wirtschaftsgeschichte
- (ix) Geschichte ökonomischer Theorie und Ideengeschichte
- (x) Mathematik
- (xi) Recht
- (xii) Geographie
- (xiii) Psychologie

(5) Anstelle eines der unter (4) angeführten Vertiefungsfächer kann in besonders begründeten Fällen vom zuständigen studienrechtlichen Organ auf Antrag des bzw. der Studierenden auch ein Modul aus einem anderen Fach gewählt werden.

(6) Bei Wahlpflichtfächern können Lehrveranstaltungen, die zur Studieneingangsphase eines anderen als des volkswirtschaftlichen Studiums gehören, bis zu einem Umfang von höchstens 10 ECTS Punkten gewählt werden.

§12 Lehrveranstaltungen mit Bakkalaureatsarbeit

- (1) Im Laufe des Studiums sind zwei Bakkalaureatsarbeiten anzufertigen.
- (2) Eine Bakkalaureatsarbeit ist eine schriftliche Hausarbeit im Rahmen einer Lehrveranstaltung der Module des §11.
- (3) Zumindest eine der Bakkalaureatsarbeiten muss im Rahmen einer Lehrveranstaltung eines Moduls gemäß §11 (1) und § 11 (4) (i) verfasst werden.
- (4) Jede Bakkalaureatsarbeit entspricht 4 ECTS Punkten.

§13 Lehrveranstaltungen auf Englisch

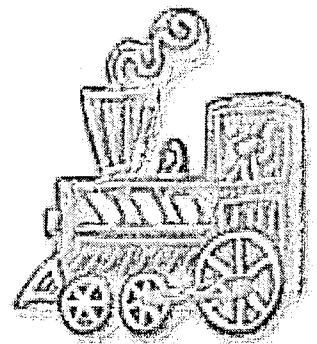
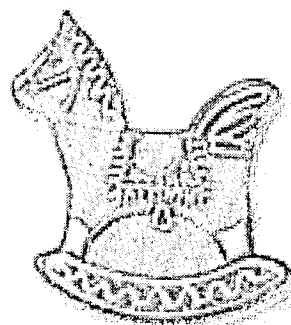
Während des Studiums sind Lehrveranstaltungen gemäß § 9, § 10 oder §11 in englischer Sprache im Umfang von zumindest 8 ECTS Punkten zu absolvieren.

Teil G Prüfungsordnung

§ 14 (1) Alle Prüfungen werden als Lehrveranstaltungsprüfungen abgehalten. Es gilt die Notenskala 1 – 5 (sehr gut, gut, befriedigend, genügend, nicht genügend)

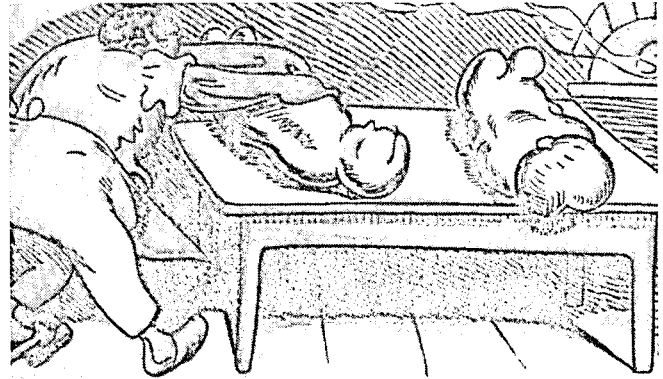
(2) Der Lehrveranstaltungsleiter bzw. die Lehrveranstaltungsleiterin ist bei der Gestaltung der Prüfung frei. Er bzw. sie hat am Anfang der Lehrveranstaltung die Anforderungen und die Form der Leistungsfeststellung bekannt zu geben.

§ 15 (1) Die Prüfung in einem Modul ist bestanden, wenn der bzw. die Studierende positive Leistungsnachweise über die zu diesem Modul gehörigen Lehrveranstaltungen vorlegt. Bei mehreren Lehrveranstaltungen ist die Note des Moduls das mit der Zahl der Semesterstunden gewichtete Mittel der Einzelnoten der zu einem Modul gehörenden Lehrveranstaltungen.





§ 16 Das gesamte Studium ist bestanden, wenn die Prüfungen für die in Teil F angeführten Module bestanden sind und die Bakkalaureatsarbeiten positiv bewertet wurden. In diesem Falle wird die Gesamtnote "bestanden" oder "mit Auszeichnung bestanden" gegeben. Letztere Note wird gegeben, wenn in keinem Modul eine schlechtere Beurteilung als "gut" und in mindestens der Hälfte der Module die Beurteilung „sehr gut“ erteilt wurde.



Teil H: Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

§ 17 Dieses Curriculum tritt nach der Kundmachung im Mitteilungsblatt der Universität Wien mit 1. Oktober [JJJJ] in Kraft

§ 18 Übergangsbestimmungen

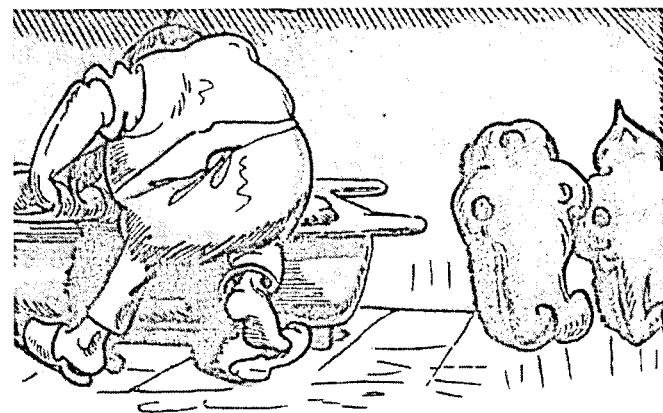
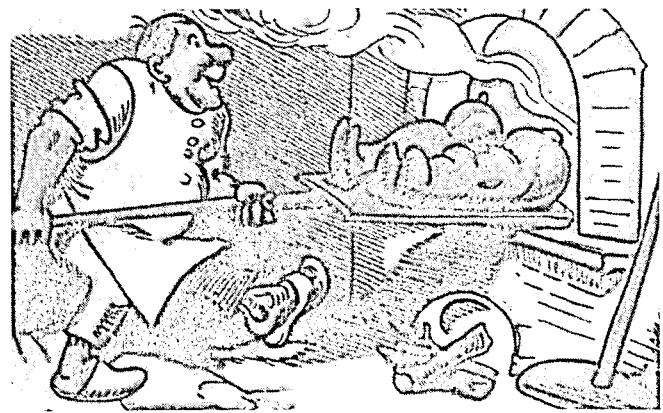
(1) Dieses Curriculum gilt für alle Studierenden, die im Wintersemester 2006 ihr Studium beginnen.

(2) Studierende, die vor diesem Zeitpunkt ihr Studium begonnen haben, können sich jederzeit durch eine einfache Erklärung freiwillig den Bestimmungen dieses Curriculums unterstellen.

Das nach den Organisationsvorschriften zuständige Organ hat generell oder im Einzelfall festzulegen, welche der absolvierten LV und Prüfungen für dieses Curriculum anzuerkennen sind.

(3) Studierende, die sich zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Curriculums in einem vor Erlassung dieses Curriculums gültigen Studienplan unterstellt waren, sind berechtigt, ihr Studium bis längstens 30. November 2010 abzuschließen.

(4) Wenn im späteren Verlauf des Studiums Lehrveranstaltungen, die auf Grund der ursprünglichen Studienpläne verpflichtend vorgeschrieben waren, nicht mehr angeboten werden, hat das nach den Organisationsvorschriften der Universität Wien zuständige Organ von Amts wegen oder auf Antrag der oder des Studierenden mit Bescheid festzustellen, welche Lehrveranstaltungen und Prüfungen (Fachprüfungen) anstelle dieser Lehrveranstaltungen zu absolvieren und anzuerkennen sind.

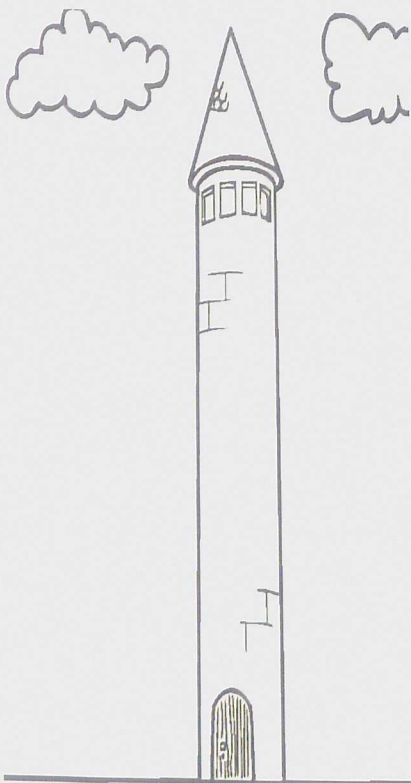




Neues vom Institut

Van der Bellen-Vertretung

Da Sascha ja bereits seit einiger Zeit seine wissenschaftliche Karriere der Politik geopfert hat und die letzten vier Jahre von



Andreas Wagener vertreten wurde, entschied sich das Institut die Stelle der Vertretung so neu auszuschreiben, dass uns Herr Wagener auch die nächsten vier Jahre beglücken wird. Wir gratulieren Herrn Wagener und hoffen auf weitere, glückliche vier Jahre!

Dierker-Nachfolge

Etwas spannender verspricht die teuer erkaufte Dierker Nachfolge zu werden. Da Herr

Dierker bereits seit längere Zeit im Ruhestand ist, eine Nachbesetzung aber angesichts der chronisch klammen Unikassen eher in den Sternen stand, hat sich das Institut zum Trade-off „Bakk. gegen Nachfolge“ mit dem Rektorat hinreißen lassen. Unsereiner darf sich also nun mit dem eher fragwürdigen Sinngehalt eines Bakk rumschlagen, dafür aber bald über ein neues Gesicht unter den Lehrenden freuen.

Momentan ist der Bewerbungsprozess abgeschlossen und die für die Nachfolge zuständige Kommission kämpft sich durch einen Berg von 3 Bewerberinnen (sic!) und 36 Bewerbern. Da noch völlig offen ist, wer letztlich das Rennen machen wird, können auch wir Studierende noch unseren gesamten Einfluss gelten machen – oder es angesichts von 2 von 9 Stimmen in der Kommission wenigstens versuchen.

Momentan werden die Bewerbungen von einer Gruppe von vier Gutachtern evaluiert und dabei nach von der Kommission vorgegebenen Kriterien bewertet. Da sich unser Institut einen jungen Menschen der Mikroökonomie wünscht, der das Institut gut repräsentieren und etwas gegen die momentan sehr ungünstige Altersstruktur in die Waagschale legen kann, dabei aber natürlich über entspre-

chend viele Publikationen in renommierten Journalen verfügt, sehen die Kriterien wie folgt aus: Wissenschaftliche Qualifikation, wissenschaftliches Potential und Erweiterung des mikroökonomischen Angebots unseres Instituts.

Am 1. Februar 2006 entscheidet die Kommission, wer aus dem Bewerberkreis im nächsten Semester zur Vorstellung nach Wien eingeladen wird. In einem öffentlichen Vortrag kann sich dann jedeR ein Bild von der potentiellen Neubesetzung des Lehrstuhls für Mikroökonomie machen.

Wenn auch du Interesse daran hast, wer die Zukunft unseres Instituts darstellen soll - jetzt ist die Zeit zu handeln!



...und tschüss!

Cafe Schildburg

mehr kaffee für alle!



Mo 11.30 - 16.00
 Di 9.00 - 11.00
 Do 11.00 - 13.00
 Fr 11.00 - 12.30

Neben Stiege 7

Persönliche Erreichbarkeit

In der SCHILDBURG

Dr. Karl-Lueger Ring 1, 1010 Wien
neben Stiege 7

Journaldienste:

Mo	11.30 - 16.00
Di	9.00 - 11.00
Do	11.00 - 13.00
Fr	11.00 - 12.30

Tel: 4277-19 634

Fax: 4277-19 633

Erreichbarkeit und Infos

StV VWL

Web: www.univie.ac.at/strv-vwl

Mail: vw1@gmx.at

Der Rote Börsenkrach

Web: www.univie.ac.at/strv-vwl/rbk

Mail: vw1@gmx.at

~~Der Name DER ROTE VWL an der WIN Fakultät, die älteste noch bestehende Basisgruppe der Uni Wien. Es gibt Möglichkeiten für alle, die sich über das übliche Lehrangebot hinaus engagieren wollen, zum Plenum zu kommen und Ideen einzubringen.~~

~~BÖRSENKRACH (RBK) bezeichnet nicht nur diese Zeitung, sondern ist auch der Name der BASISGRUPPE~~

Plenumstermin:
Mittwoch 19h00-Schildburg